

Wahlforscher sehen Merkel als Kanzlerin

WAZ Berlin. Einen Tag nach der Neuwahl-Entscheidung des Bundespräsidenten sind sich Meinungsforscher so sicher wie nie zuvor: Es läuft auf eine Kanzlerin Angela Merkel zu, gleich ob es eine schwarz-gelbe oder eine große Koalition gibt.

Für den Düsseldorfer Politik-Professor Ulrich von Alemann wie für den Chef des Bielefelder Meinungsforschungsinstituts Emnid, Klaus-Peter Schöppner, steht der nächste Regierungschef seit dem 22. Mai so gut wie fest. Am 22. Mai, unmittelbar nach der für die SPD verlorenen NRW-Wahl, hatte Kanzler Gerhard Schröder angekündigt, Neuwahlen anzustreben.

Der Rückzug Schröders habe den Weg frei gemacht für Angela Merkel, betonte von Alemann im Gespräch mit der WAZ. Er sieht für die SPD kaum noch eine Möglichkeit, stärkste Partei zu werden.

Die Wahlforscher sind sich einig, dass die Mehrheit der Deutschen den Wechsel will, auch wenn man der CDU nicht allzu viel zutraue. Aber, so von Alemann, die Leute seien die Gesichter von Rot-Grün leid.

Emnid-Chef Schöppner beurteilt die Stimmungslage ähnlich. Es wäre einmalig in der Geschichte der Republik, wenn die SPD die Union noch überholen würde. Schöppner vergleicht die Situation von heute mit der des Jahres 2002. Damals habe die Union mit dem Spitzenkandidaten Edmund Stoiber zwei Monate vor der Wahl einen Vorsprung von vier Prozentpunkten gehabt. Heute liege Merkels Union mit 16 Punkten vor der SPD. Damals habe Schröder einen klaren Kanzlerbonus vor Stoiber gehabt. Jetzt lägen Schröder und Merkel nahezu gleichauf.

Dass Merkel jetzt schon angekündigt habe, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, habe ihre Glaubwürdigkeit gesteigert, so Schöppner.

Schöppner wie von Alemann tippen auf eine schwarz-gelbe Koalition und halten eine große Koalition für eher unwahrscheinlich. Das Stimmungshoch der neuen Linkspartei wird nach der Einschätzung von Schöppner nicht anhalten. "Ich glaube, die sind zu früh gestartet."

Von Alemann hält ein rot-rot-grünes Bündnis zwischen SPD, PDS und Grünen für "Spekulation", die als Kampagne von der Union geschürt werde. Er halte eine solche Koalition für "ausgeschlossen". Auch Schöppner glaubt nicht an eine solche Allianz, "aber ausgeschlossen ist das nicht".

Gestern gingen beim Bundesverfassungsgericht erste Klagen von Splitterparteien gegen die Auflösung des Parlaments ein, zwei Bundestagsabgeordnete kündigten diesen Schritt für nächste Woche an: Werner Schulz (Grüne) und Jelena Hoffmann (SPD).

Kommentar:

Im Lager-Wahlkampf Hintergrund

22.07.2005 Von Alfons Pieper